

Monuments-Preis pro Quartal 3 Mark. Die halbjährige Beilage erscheint wöchentlich in erster Ausgabe Sonntags 11 1/2 Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4 1/2 Uhr.

Hallische Zeitung

Intentionsgebühren für die fünfjährige Prile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Verrechnung am 15. Febr. 1881. Bekannt am Schluss des redactionellen Zeitf. pro Blatt 40 Pf.

vorm. im G. Schweifke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 218.

Salle, Sonnabend, 18. September 1886.

178. Jahrgang.

Halle, 17. September.

Politische Mittheilungen.

Bulgarien. Aus authentischer Quelle erfährt der Berichterstatter der Frankfurter Zig., daß trotz dem Widerstande Bulgariens der Prozeß gegen die menterischen Offiziere burdigeht werden soll. Die Untersuchung ist gegen achtzehn eingeleitet. Die Sobranje nahm am 15. mit großer Majorität gegen die Bankrottisten den Belagerungszustand an. In der Adresse an den Zar heißt es: Wir sind überzeugt, Alles, was in letzter Zeit in Bulgarien geschehen, hat die Spannung mit Rußland befestigt und Se. Majestät wird das bulgarische Volk und dessen nationale Bestrebungen unter seine Obhut nehmen zum Wohle Bulgariens und besser Freiheit und Selbstständigkeit. Der letztere Satz ist in der Sitzung am 16. wieder abgeändert worden, da in ihm nicht von der Einheit aller bulgarischen Länder die Rede war. Die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes ist trotz der bevorstehenden Wahlen mit großer Majorität auf Antrag der Regierung genehmigt worden. In diplomatischen Kreisen verlautet, nach einem Telegramm der Frankf. Zig., daß das Ziel Rußlands der Sturz der Regenschafft, die Revision der Verfassung, die Einrichtung eines Zweikammerstystems sei, und nachher erst die Anordnung der Wahlen zur großen Sobranje, welche dann den Fürsten wählt. Zweifellos auf Antrieb Rußlands erklärte deshalb Janow gestern dem russischen Agenten, daß die Sendung eines russischen Kommissärs, der Sturz der Regenschafft, die Revision der Verfassung Wünsche des bulgarischen Volkes seien. - Oesterreich hat offiziell sein Mitwissen an dem Attentate in Arebde gefleht. Die ostrumelischen Regimenter, welche zu Sofia in Garnison waren, zogen am 15. ab. Demnach befristet die Regierung keine weiteren Urtheile. Wie die Neue Fr. Zr. meldet, sind Nikiforow und Panow aus der Armee ausgetreten, weil sie von ihren Kameraden der Theilnahme am Staatsverrathe verdächtigt wurden. Die Sobranje ermächtigte die Regierung, eine Anleihe von dreihundert Millionen aufzunehmen. Die dem Fürsten bei der Abreise geschätzten 100 000 Francs werden bewilligt. Das Budget, 45 Millionen Ausgaben, 43 Millionen Einnahmen, wird in erster Lesung genehmigt.

Der Kaiser wurde bei der Straßburger Universitätsfeier vom Kronprinzen vertreten, da Se. Majestät des starken Temperaturwechsels halber der Feier nicht beiwohnte.

Schätts bedeutsam war, nach einem Privattelegramm der „Post“, die Rede des Kronprinzen in der Universität zu Straßburg. Der Kaiser, der nicht ganz disponirt war, hatte dem Kronprinzen die Vertretung für die Feiertage in der Universität übergeben. Der Kronprinz wurde feierlich von dem Rektor und dem Senat empfangen, auf der Freitreppe waren die Chagriten der Corps in vollem Weich mit Bannern aufgestellt, die dem Juge nach dem Lichtlohe vorantraten. Die Verammlung wurde mit Gesang eröffnet, dem eine kurze Anrede des Rektors mit dem Grundgedanken litterae et patrias folgte, welche in ein Hoch auf den Kaiser endete. Der Kronprinz sprach das Bedauern des Kaisers aus, daß er der Feiertage fern bleiben müsse und gab seiner Geneignung Ausdruck, sich unter Männern der Wissenschaft zu befinden, unter denen er so gern weile. Sei er doch selbst Student gewesen und habe mit Verbeugung auf diese Zeit zurück, indem sie alle Wünsche und Hoffnungen der Jugend so herrlich zur Erfüllung gebracht habe. Bedenklich sei, daß er heute vor einem Jahre an einer Universität im fernsten Osten, vor Kurzem an der ältesten Universität gewesen und heute im Westen an der jüngsten sei. Wäge sie nie hinter den älteren zurückbleibe, aber hier an dieser Stelle des wiedergeborenen deutschen Landes müsse man namentlich die Wahrung beachten, sich vor Ueberhebung zu hüten, Frieden zu halten und in Frieden zu leben. Dieje Wahrung richte er auch an die Jugend, es sei die Pflicht unsrer Aller. Das wolle Gott.

Die R. A. B. befragt die Nachrich der R.-Z. von der Ernennung des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck zum Mitgliede des Bundesraths dahin, daß derselbe nur zum Kommissar des Bundesraths beauftragt Betretung des deutsch-spanischen Handelsvertrages ernannt worden ist.

Als Kommissare des Bundesraths für die Beratung der Verlängerung des deutsch-spanischen Handelsvertrages im Reichstage sind außer dem Staatssekretär im Auswärtigen Amte, Grafen Herbert Bismarck, noch bestimmt der Direktor im Auswärtigen Amte Reichard und die Geh. Ober-Regierungsräthe Huber und Schraut.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenar-sitzung dem Antrage Preußens auf Verlängerung des kleinen Lagerungszustandes für Berlin und Umgegend seine Zustimmung erteilt.

Der Reichstag gemährte bei seiner heutigen Wieder-eröffnung ein recht lebhaftes Bild. Die Volkvertretung im Saale war nicht zahlreich, wohl aber zur Genüge versammelt und verbrachte die Zeit vor der Eröffnung gruppenweise im lebhaftesten Gespräch. Am Bundesrathstische waren u. A. die Staatssekretäre Staatsminister von

Äbtlicher Graf Herbert Bismarck, von Schelling und die Minister von Scholz und von Puttkamer anwesend. Die Zuschauertribünen waren mäßig besetzt.

Die Sozialdemokraten beabsichtigen, wie man hört, eine Interpellation über die auswärtige Politik einzubringen. Es scheint jedoch, daß sie die erforderliche Anzahl von Unterschriften für die Interpellation nicht erhalten werden, da dem Vernehmen nach auch die Deutsch-freimüthigen und die Polen, bei denen deswegen schon angefragt worden, es ablehnen, in dieser Beziehung den Sozialdemokraten Hilfe zu leisten. Vorläufig soll das Unternehmen jedoch noch einmal in einer heutigen Fraktions-sitzung der Sozialdemokraten zur Durchberatung gelangen.

Dem Reichstage ist der Rechenschaftsbericht der künial sächsischen Regierung über die Handhabung des § 28 des Sozialistengesetzes zugegangen. In dem Bericht wird zunächst darauf hingewiesen, wie auch in Betreff der Stadt Leipzig und ihrer Umgebung die Erfassung gemacht ist, daß das Fachver-einwesen, welches in letzter Zeit einen großen Aufschwung genommen habe, - in der Stadt Leipzig allein ist die Zahl der Fachvereine von 21 auf 35 gestiegen - von der Sozialdemokratie derart ausgenutzt werde, daß theilweise der Zusammenhang mit unmittelbaren Interessen des Gewerbes kaum noch erkennbar bleibe. Die Fachvereine stehen im engsten Verbindung mit der sozialdemokratischen Agitation, sind zum Theil geradezu Schöpfungen und Organe derselben; ihre ergiebige und intensive Weiterentwicklung müsse als ein die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohender Umstand angesehen werden. Im Ferneren hat die Sozialdemokratie sich abermals der Lohnbewegung in bekannter Weise bemächtigt. Sie sucht äußerlich die Verantwortung für die Streiks abzulegen, sobald aber die Arbeiter sich engagirt fühlen, wird gehetzt und die Gelegen-heit benutzt, den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung anzubahnen. An einzelnen Beispielen, die sich neuerdings im Bezirke Leipzig und Umgegend zugetragen, wird dies klar dargethan und schließlich noch der Schmuggel mit den sozialistischen und anar-chistischen Schriften geschildert.

Von besonderem Interesse erscheint uns jedoch folgende Stelle des Rechenschaftsberichtes, die wir deshalb in ihrem Wortlaute folgen lassen:

Bei der Vorlegung der Gekommnisse der endliche Stelle nicht mit Stillhören übergegangen worden: das Reichs-gesetz, welches in Leipzig keinen Gehalt hat.

Bei früherer Gelegenheit ist gesagt worden, daß aus der Aufgabe dieses Gesetzes, bei p. litischen Verbrechen in höherer Instanz Recht zu sprechen, kein Mißbrauchen und Ansehensverluste der Behörden erwahten. In der That bringen seit August 1. 8. in den Rollen der Justizbehörden wieder und wieder Verurtheilungen aus Amerika herüber, in denen die Worte und die Namen einzelner Mitglieder und Angehörigen des Kongresses, als den Urheber der verchiedenen neuerlichen Verbrechen an sich bezeichnet, und von einem in Chicago lebenden, - des Gesandtschafts - bedienter mit dem Namen

Nun wird wahr, selbst unter dem Einbrude der seltenen Ausparaden, welche von Zeit zu Zeit aus dem Schooße der sozialdemokratischen Partei über die Bedeutung des politischen Werkes von moralischen Standpunkte aus erfolgen, kaum jemand versucht sein, aus diesen von so weiter her kommenden Gesinnungsäußerungen unmittelbare Konsequenzen auf eine Stelle zu ziehen, welche man, unter dem Schutze des deutschen Reiches und seines in der deutschen Erde für doppelt geachtet gehalten ist.

Immerhin wird aber auch diese Erscheinung nicht außer Acht zu lassen sein, zumal ein Umstand beiträgt, der in der That nicht unangelegentlich zu bedenken ist, den Bedacht zu erwecken, daß eine Untertragung jener verwerdlichen Stoffe in größere Maße fortgesetzt wird. Einmal Vertheilung des Reichs-amts zu Leipzig zufolge ist neuerdings ein Bruder eines wegn Arbeiters an dem Attentate auf dem Niederrhein Himerichsen, dessen Geschwister in unmittelbarer Nähe Leipzigs wohnen, von dem Bruder der „Recht“ angefragt worden und am 13. März 8. 3. unter Umständen nach Amerika abgereist, welche eben von einer mit diesem Engagement verbundenen besonderen Vertrauensstellung, wie davon Zeugnis abgeben, daß er nicht weniger als gelommen sei, die Verbindung mit dem hiesigen Gesinnungsbecken aufzulösen.

Die förmlich schickliche Staatsregierung war hier noch außer Zweifel, daß sie sich ersten Verantwortungen ausgesetzt haben würde, wenn sie es unbedacht gelassen hätte zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung diejenigen Mittel in Anwendung zu bringen, welche von der Reichs-gesetzgebung selbst an die Hand gegeben werden.

Rußland. Der Regierungsanzeiger veröffentlicht ein Telegramm des Vornehmsten des russischen Generalkonsulates in Sofia, in welchem es heißt, daß der Vertreter des Erzherzogs, sämtliche Mitglieder der Regierung, zahlreiche Deputirte und Vertreter der bulgarischen Gesellschaft am 11. September auf das Generalkonsulat kamen und den Vertreter eruchten, dem Kaiser von Rußland ihre ehrerbietigen Glückwünsche auszusprechen. Stambulow gab Namens der Regenschafft der Wünsche den Ausdruck der Ergebenheit für den Kaiser von Rußland, von denen das bulgarische Volk breitet ist, sowie der Hoffnung Ausdruck, der Kaiser werde Bulgarien und seinen wohlwollenden Schutz nicht entziehen. - Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern Mittag über Den (Znanograd-Dombrowobahn) im Jagdhaus zu Spala eingetroffen. Reichmittags begaben sich dieselben mit den Großfürsten Wladimir und Nikolans dem Jüngeren auf die Schwarzwaldbahn.

Großbritannien. Der Standard erörtert die Stellung Englands in der orientalischen Frage und führt aus, England dürfe weder den Griechen aufgeben, die Türkei zu verteidigen, noch auch die Hoffnung, Rußland von Konstantinopel fernzuhalten, weil Oesterreich unentschlossen spreche und handle und der Sultan russischen

Einfäsurungen Gehör schenke. England könnte Konstantinopel zerstören, damit Rußland es nicht erhalte, es sei jedoch höchst unwahrscheinlich, ob es mit der bloßen Hilfe der Türkei Rußland verhindern könnte, in Konstantinopel einzumarschiren. Unter Umständen würde es das höchste Verbrechen seitens Englands sein, wasdian und geduldig zu bleiben und keine überleitenden Schritte zu thun. Dies ist bei Rußland verloren, wahrscheinlich auch Rußland geändert worden, jedenfalls habe sich Rußland erzeigt, was die englische Politik veranlassen könnte, die alten Pläne zu verwerfen.

Dublin, 16. September. Das Journal United Ireland, das Organ Barnesells, macht mit Rücksicht auf die wädrichliche Abweisung der Barnesells'schen Antragsvorlage den Wunsch, daß alle aus dem Bericht gesammelten Begebenheiten in Masse für die Kiste für Notleidende begeben sollten. Der Wast hebt hervor, daß man in solchen Distrikten, wo die Mehrheit des Municipal-raths aus Nationalisten bestehe, folgenden Wählern in Bezug auf die Freiheit, die in Folge eingetraten und dieselben wieder zu verlassen, sowie bezüglich ihres Unterhalts besondere Privilegien zugehen könne.

Reichstags-Verhandlungen.

(Berichte der Hallischen Zeitung.)

1. Sitzung am 16. September, Nachmittags 8 Uhr.

Präsident des Reichstages des Reichstages, Staatsminister v. Boetticher mit Verlesung der Wollschiff, die wir unten belegen sind, gestern an der Spitze der 2. Aus-gabe, die ein Privatrechtler am 15. 2. 1881 in der Zeitung zu veröffentlichen, den Reichstag eröffnet hatte, übernahm Präsident v. Wedell-Besdorf die Leitung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welchem die Mitglieder des Reichstages dreimal begeistert eintriften. Der Vorsitz und die Leitung der Verhandlungen übernahm der Reichstagspräsident v. Wedell-Besdorf (Centrum), dem bisherigen Generalkonsul von Aachen in der Anrede, wurde in dem von dem Abg. Galencler (Soz. Dem.) in der Sitzung vom 15. 9. 86. geäußerten Wunsch, die Erklärung abzugeben, daß er Namens seiner Fraktion die Erklärung abgibt, daß er für die Wiederwahl des Reichstagspräsidenten v. Wedell-Besdorf zur Unterstützung nicht aufkommen können. Zur Motivierung dieses Beschlusses führte Redner an, daß obwohl gegen die Unparteilichkeit der Reichstagsführung kein Bedenken erhoben werden kann, Herr v. Wedell-Besdorf in seiner Eigenschaft als Präsident, der Reichstagsführung einen von hier ausgemessenen Socialdemokraten, welcher sich in Aachen niederlassen hätte, auf Grund einer Polizeiverordnung vom Jahre 1842 den Aufenthalt am letzten genannten Orte untersagt habe, weil der Ausgewiesene nicht die politischen Verhältnisse einmal zu einer gleichmäßigen Stelle beurlaubt worden. Die Anwendung einer so veralteten Polizeiverordnung müsse für die Zukunft das Vertrauen zur Unparteilichkeit des Herr v. Wedell-Besdorf erschüttern.

Abg. Dr. Hinrichsen (Centrum) bezeichnete das Verfahren des Reichstages als ein neues außerordentliches. Das Recht des Widerspruches gegen einen Vortrag bestehe unumstößlich, aber gegenüber der Stimmung des ganzen Hauses sei dies Verfahren wenig rücksichtsvoll. Nach dem Widerspruch sei es nicht mehr möglich, den Antrag zurück, und zwar in Beziehung auf sämtliche zur Wiederwahl ernannten Herren. Man muß aber erklären, die Leitung der Geschäfte im Laufe wieder taubeln, was wohl dagegen wegen einer Einholung des Präsi enten aufzuheben dieses Hauses in irgend einer Weise sich Geltung verschaffen, sei nicht mehr möglich, das sich selbst fernschiede. Er erklärte dafür, daß der Präsident durch seine Letztum die Unparteilichkeit ermorben, und daß er seine amtlichen Handlungen nur nach Will und Gemissen erledigen werde. Das Haus sei nicht im Stande, diese Verbindungen zu rechtfertigen, da es sich nicht zu ihrer Vermeidung, sie hier zur Kritik zu stellen, könne Niemand beabsichtigen werden; aber das Haus habe das Recht, dagegen auf das bestmögliche zu protestieren.

Abg. Galencler entgegnete, daß seine Parteigenossen es für besser hielten, seinen Namen zum Präsidenten zu wählen, da sie glauben, daß sich Herr v. Wedell in den Annehmungen des Herrn v. Wedell, mer allzuweit haben mögen, was die Unparteilichkeit in der Führung der Geschäfte leidet könne; wenn trotzdem das Haus Herrn v. Wedell wiederwähle, so wollten seine Parteigenossen wenigstens hieran keinen Theil haben.

Die Fortsetzung des Widerspruches übernahm wiederum der Reichstagspräsident v. Wedell-Besdorf, der behauptete, daß eine maßvolle Behandlung des Widerspruches überaus ungelassen worden, doch sei der Herr Präsident kaum in der Lage gewesen, die Motivierung des Widerspruches zu verhindern. Er schloß sich nicht gegen diesen Widerspruch Protest erheben.

Abg. Richter (deutschlich) erklärte, sich den Ausführungen des Vortrages nur andächtig zu folgen. Der fünfte Jahrestag sei es nicht vorgekommen, daß man die Geschäftsordnungsgesetze dazu benutzt, die Person des Präsidenten zum Gegenstande einer Kritik zu machen. Auf welchem Standpunkte man auch über, so werde man doch ein solches Verfahren nicht als angemessen erachten können. Nachdem dies einmal geschehen, müsse er aber entsetzliche Verwahrung dagegen erlegen, daß man daraus ein Präcedens für künftige Zeiten schaffe.

Das Haus schritt nunmehr zur Beantwortung. Bei Verlesung der von Herrn v. Wedell-Besdorf (deutschlich) als ersten Vorsitzenden bezeichneten 172 von 218 Stimmen abgegebenen und 211 für den Abg. Hoffmann (deutschlich) als zweiten Vorsitzenden 174 von 212 Stimmen abgegebenen, sämtlichen 346 Stimmen mit 261 Stimmen für die 1. Majorität wurde es ergen ab und nahm die Wahl mit einigen Dankesworten an.

Die Wahl der hiesigen Schriftführer erfolgte der Acclamation. Zu Lektoren wurden die Abgeordneten Rothmann und Franke berufen, nicht das Haus konstituirte sich. Von der erfolgten Konstituierung wird Se. Majestät dem Kaiser sofort Meldung gemacht werden.

Das Ansehen der inzwischen verstorbenen Mitgliedes der Abg. Jungmann, v. Hofmanns und Wöde, erhte sich in der Sitzung am 17. 9. 86.

Einem Vortrage des Reichstages, die nächste Plenar-sitzung schon morgen anzubahnen, wurde von dem Abg. Wedell (Soz.) auf Grund der Geschäftsordnung widerprochen, da die betreffenden Vorlagen erst heute in die Hände der Mitglieder gelangt sind.

Schluss der Sitzung 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages; Verlesung des Rechenschaftsberichtes über die Ausführungen des § 28 des Sozialistengesetzes).













